

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
G. M. Beck'sche Buchdruckerei
Otto Beck.

Abonnement: Kleine Petzzeile 20 M.
Herrn: Nr. 20.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 17815.

Nr. 11.

Montag, den 14. Januar 1918.

75. Jahrgang.

Bedeutende Beratungen in Berlin.

Hindenburg und Ludendorff in Berlin.

Eine Kronratsitzung.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff sind am Sonntag in Berlin eingetroffen. Der „Fotolanziger“, der manchmal gut unterrichtet ist, und momentan auch während der letzten Woche verriet, daß er gute Beziehungen unterhält, gibt der Meldung über die Anwesenheit Hindenburgs und Ludendorffs in Berlin folgenden Kommentar: „Geschäfte wollten wissen, daß sich heute eine Kronratsitzung abberaumt sei, doch dürte der heutige Tag lediglich durch wichtige Besprechungen ausgefüllt werden. Erforderlichenfalls wird dann der Kronrat für morgen einberufen werden. An einer sochen Sitzung würde natürlich auch der Kronprinz teilnehmen.“

Die Sonntagsbesprechungen beim Kaiser.

Berlin, 14. Jan. (D) Im Verlaufe des gestrigen Sonntags hat, wie das „Berliner Tageblatt“ hört, eine Reihe hochwichtiger Besprechungen beim Kaiser stattgefunden, die am Sonntag ihren Abschluß finden sollen. Diese Besprechungen schlossen sich an verschiedene Empfänge beim Kaiser und beim Kronprinzen an. Daraus folgte gestern eine längere Beratung im Reichskanzlerpalais. Daraan nahmen Reichskanzler Graf Hertling, der Unterstaatssekretär Freiherr von dem Busche als Stellvertreter des Herrn v. Stülpnang, ferner Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff, sowie noch weitere Mitglieder der Reichsleitung teil. Für heute ist eine große gemeinsame Konferenz beim Kaiser vorgesehen und am Montag nachmittag wird voraussichtlich der Kanzler den Führern der Reichstagsparteien über den Inhalt und das Ergebnis der Beratungen Mitteilung machen. Zur Stunde ist darüber nirgend etwas bekannt. Doch nimmt man an, daß es sich um die Verhandlungen in Brest-Litowsk, die in diesen Tagen zu erwartende Antwort des Reichskanzlers auf die neuerlichen Kriegszielskundgebungen der Entente und nach verschiedenen Andeutungen vor allen Dingen auch um Lösung der polnischen Frage handeln wird.

Truppen oder Lebensmittel?

Die Westmächte sind bald so weit, wie Herr Wilson sie haben will, oder vielmehr: sie sind schon in voller Abhängigkeit von Washington. Wie Italien seine einzige Stellung von Frankreich und England erwartet, so legen diese beiden Genossen ihre letzte Hoffnung auf den großen Bruder jenseits des Atlantischen Ozeans, von dem sie sich und ihren helden Völkern einteden, daß er sie vor dem unerbittlich herannahenden Schiffsbruch ihrer gesamten Kriegspolitik bewahren könne. Und Wilson hat gewiß redlich dazu beigetragen, diesen Brüdern in ihnen großzugeben und zu befehligen. Seit aber, wo die Sache allmählich anfängt, etwas dringlich zu werden, kommt die erste Enttäuschung. Die Verbündeten haben schon im Geiste ungezählte Dampfer über das Große Wasser heranreisen, die ihnen einen Tag um den andern Lebensmittel und Rohstoffe, überhaupt Kriegsbedarf aller Art zuführen, gleichzeitig aber auch die unabsehbaren Schäden der heldenmütigen amerikanischen Armee nach Europa bringen und sie hier mit allem Notwendigen dauernd versorgen würden. Statt dessen, was geschieht? Der gute Reiter muß wieder einmal etwas Wasser in den Wein der Begeisterung schütten. Er berichtet aus Washington, daß vor allem die Lebensmittelknappheit in Europa der amerikanischen Regierung Herausforderungen verursache. Sie könne dem Klend, daß ihre Verbündeten bedrohe, nicht entgangen. Obwohl der normale für die Ausfuhr zur Verfügung stehende Überdruck ihrer Lebensmittelvorräte schon Mitte Dezember verschafft worden sei — wieviel tausende von Tonnen inzwischen wohl schon den Meeresgrund erreicht haben mögen — wolle sie deshalb noch weitere neunzig Millionen Bushels Weizen zur Verladung freigeben, selbst auf die Gefahr hin, daß in Amerika vor der nächsten Frühjahr Mangel an Mehl eintreten sollte. Was tut ein edelmütiger Amerikaner nicht alles für seine teuren Bundesgenossen! Er wird eben sparen, hungen sogar, wenn es nicht anders geht, und Herr Wilson ist schon dabei, die gesetzliche Einführung weizenloser Tage zu bewirken und die Verwendung von gemischem Weiz und Kriegsbrot vorzuschreiben. Aber — das Ende kommt auch diesmal vorsätzlich nach: es fragt sich natürlich, ob durch diese neuen Abmachungen die Verbindungen des berühmten Einheitskriegsrats über den Transport amerikanischer Truppen nach Europa

beeinträchtigt werden muß. Ein schwieriger, ein fiktiver Punkt. In der Haftstufe entscheidet die Weisheit des Washingtons Diktators, muß es den Verbündeten selbst überlassen bleiben; mögen sie bestimmen, was ihnen lieber ist: Brot oder Soldaten. Reiter wird indessen durch seine bekannte Gewissenhaftigkeit, durch seinen unüberwindlichen Wohltätigkeitsdrang gezwungen hinzugefügen, daß „einige Beamte der amerikanischen Regierung“ der Ansicht seien, die Verbündeten würden augenblicklich die Verschiffung von Lebensmitteln der Verschiffung von Truppen vorziehen. Ein Wind mit dem Baumwoll, der in London und in Paris gewiß nicht mißverstanden werden wird.

Kann es eine glänzende Rechtfertigung unserer U-Boot-Politik geben, als dieses lägliche Eingeständnis der amerikanischen Ohnmacht? Es reicht nicht mehr hin und nicht mehr her mit dem Brachtraum der Entente, und es ist so gesommen, wie unter Admiraltät immer vorausgesagt hat: wie geboren am Lebensmark der feindlichen Koalition, an ihrer Lomage, und zwingen sie zu wählen zwischen den Bedürfnissen der Kriegsführung und denjenigen ihrer Wirtschaft. Welden zu genügen, werden sie mehr und mehr außer Stand gesetzt, das eine geht, je länger sie den Krieg hinstreben, desto mehr nur noch auf Kosten des andern, und so muß es schließlich dazu kommen, daß ihr gewaltiger Bau an innerer Entwicklung zugrunde geht. Die Westmächte wären schon längst auf diesem unzählbaren Wege zusammengebrochen, wenn ihnen nicht die Vereinigten Staaten im vorigen Jahre zu Hilfe gekommen wären. Wir haben uns dadurch in unserer Haltung nicht beirren lassen, und jetzt werden auch die Zweifler von damals einsehen, daß wir recht daran getan haben. Die Westmächte wissen ganz gut, was ihnen nach der Stilllegung unserer Ostfront bedroht, und trotzdem müssen sie wählen zwischen militärischer und wirtschaftlicher Hilfe von jenseits des Großen Ozeans. Oder vielmehr: sie haben nicht einmal die Wahl. Herr Wilson gibt ihnen deutlich genug zu verstehen, daß er es lieber seien würde, wenn sie zunächst einmal den bestehenden Ansturm der Barbaren mit eigenen Kräften abwehren; danach, wenn sie sich dabei hübsch brav benommen hätten, würden seine Leute sich gern auf die Strümpfe machen. Anzweifeln sei es besser, sie liehen sich weiter mit Getreide verjagen, denn was wäre der schönste Sieg, wenn man nichts zu eilen habe. Und sollten sie — wider Erwarten selbstverständlich — nicht siegen, nun dann wären die amerikanischen Divisionen ja auch noch da; die würden schon alles wieder gut machen. Das die neunzig Millionen Bushels Weizen nebenbei auch wieder frisches Geld ins Land bringen, tut natürlich nichts zur Sache; das läßt sich leider nicht ändern. Aber unter Brüdern macht es ja auch nicht den geringsten Unterschied, wer das Geld hat; wenn es nur überhaupt im Kasten liegt. Und es klingt!

Rum ja, die erste große Enttäuschung. Sie trifft die Westmächte in einer ohnedies sehr kritischen Lage. Um so getroster können wir den kommenden militärischen Ereignissen entgegensehen.

Das amerikanische Heer.

Vor dem Kriegsuntersuchungsausschuss des Senats der Vereinigten Staaten gab Kriegsminister Baker eine Darstellung der Kriegsvorbereitungen der Union. Er sagte u. a.: Amerika habe in Frankreich eine Armee wesentlicher Stärke, die bereit sei in Tätigkeit zu treten. Waffenmehrheit Art seien für jeden Mann vorhanden, der 1918 nach Frankreich entsandt werden könne. Es ständen im ganzen etwa 1½ Millionen Mann im Felde oder in Ausbildung zum Teil in Amerika, zum Teil außer Landes. Die Luftfahrt bestand am 1. Januar 1918 aus 3900 Offizieren und 82 120 Mann. Dieses echt amerikanische Spiel mit Zahlen, das eine Drohung für den Bierbund sein soll, nimmt sich im Lichte der Neuermeldung recht komisch aus. Wohlweislich wirkt Minister Baker alles unter- und durcheinander und vor allem schweigt er sich darüber aus, daß von den 1½ Millionen Mann der weit aus größte Teil — in der Heimat, auf — den Philippinen oder auf Cuba ist. Wie sie nach Frankreich zu ziehen sind — diese Kardinalfrage hat auch Baker nicht gelöst.

Neue Finanzmaßnahmen in Rußland.

Die Staatschuld für nichtig erklärt.

Aus Sachkreisen wird uns geschrieben: In Meldungen, die die Petersburger Telegraphenagentur und das Reuterbüro in die Welt hinausgehen lassen, wird wieder einmal erklärt, daß der russische Staat sozusagen seinen Bankrott anmeldet. Einerseits soll die Bezahlung von Kupons und Dividenden scheinen bis auf weiteres verboten sein, anderseits soll die russische Staatschuld, soweit sie sich in ausländischer Hand befindet, völlig, soweit sie sich in russischer Händen befindet, zum größten Teil für ungültig erklärt werden, und schließlich soll der Handel mit Wertpapieren ganz allgemein verboten werden.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die jetzt am Ruder befindliche Partei in Rußland, wenn sie könnte, derartige Pläne gern in die Wirklichkeit umsetzen würde, und es ist auch durchaus nicht unwahrscheinlich, daß der Rat der Volkskommissare tatsächlich ähnliche Verordnungen erlassen

hat oder noch erklärt, aber man darf nicht vergessen, daß auch für Rußland nach Abschluß des Krieges eine Zeit kommt, in der sich die Verhältnisse im Lande kontrahieren und in der es vor allem das Kapital des Auslands brauchen wird. Deshalb ist es durchaus unwahrscheinlich, daß sich derartige Verordnungen tatsächlich und im vollen Umfang in die Wirklichkeit werden übersetzen lassen. Wenn, ganz abgesehen davon, daß einzelne von ihnen, wie z. B. das Verbot des Wertpapierhandels selbst mit der größten Mühe gar nicht überwacht werden können. Für alle ausländischen Gläubiger des Landes werden ja die Vorgänge der letzten Jahre eine Mahnung gewesen sein, die dahingeht, daß man den Besitz an russischen Werten keineswegs als vollwertig ansehen darf. Auf der anderen Seite sind aber auch die neuesten Verordnungen durchaus nicht geeignet, in ernsthaft prüfenden Kreisen den Eindruck zu erwecken, als ob alle Forderungen an und in Rußland nun glattweg verloren wären; man wird sich im Gegenteil zweifellos davor hüten müssen, angesichts derartiger Meldungen, die sich sicher noch oft wiederholen werden, den Kopf zu verlieren. Und was schließlich und vor allem die deutschen Besitzer russischer Werte angeht, da wird, daß kann nur immer wieder neu betont werden, daß letzte Worte über den Wert unserer Forderungen im Friedensvertrag gelohnt werden. Angesichts der deutlich ausgeschworenen Ansicht der deutschen Unterhändler, die privat-rechtlichen Verhältnisse möglichst wieder so herzustellen, wie sie vor dem Kriege waren, ist sicher damit zu rechnen, daß auch für diese Forderungen in irgendeiner Weise vorgesorgt werden wird.

Einvernehmen zwischen Finnland und Petersburg.

Wie aus Stockholmer unterrichteten Kreisen verichtet wird, steht zwischen dem finnischen Senat als vordäufiger Regierung Finnlands und der Petersburger Volksversammlung das beste Einvernehmen, nachdem es in den letzten Tagen gelungen ist, gewisse Unstimmigkeiten über die gegenseitigen Ablichten auf Einigung in die inneren Verhältnisse des Nachbarstaates wegzuräumen.

Wieder eine neue Republik.

Aus Rostow wird gemeldet, daß in diesen Tagen die Verkündigung einer unabhängigen Republik der Donogegend erfolgen wird. Bei der Kabinettbildung wird Kaledin vermutlich den Vorsitz und das Kriegsministerium übernehmen.

Schreckensherrschaft in Estland.

Die „Rigaer lettische Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel, der sich mit den Zuständen auf dem estnischen Gebiete hinter der russischen Front beschäftigt. Der Artikel spricht die schlimmsten Beschreibungen aus und schreibt: „Was kann der Finnobor an einer Selbstbestimmung für Interesse haben, wenn er ausgeraubt, zum Bettler gemacht oder gar abgeschlachtet wird. Hauptfurcht bedarf er der Sicherheit für Leben, Leib und Eigentum. Wofür ist denen, die die Macht haben, eigentlich das Schwert gegeben? Soll man warten, bis die baltischen Provinzen zur Kindheit gemacht sind, die sich in der Gewalt von Deserteuren und entlaufenen Sträflingen befinden? Wir haben deshalb nur einen Ruf, eine Bitte: Unterzüglich strenge Schritte der Militärmacht zum Schutz gegen Gewalttäters.“

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Bildung von Sonderkommissionen.

Brest-Litowsk, 12. Januar.

Im Sinne des in der gestrigen Vollstzung gefassten Beschlusses traten Abordnungen der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns und Rußlands zu einer Verhandlung zusammen. Es wurde vereinbart, daß die von der russischen Delegation am 27. Dezember 1917 vorgeschlagene Kommission zur Beratung der politischen und territorialen Fragen gebildet werden solle, und daß zugleich mit den Beratungen dieser Kommission Vorberatungen der Sachreferenten der einzelnen Delegationen über die Regelung der wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen stattzufinden hätten. Es wurde des weiteren vereinbart, daß die erwähnte Kommission am 11. Januar vormittags 10 Uhr ihre Beratungen beginnen sollte.

Denin über die deutsch-russischen Handelsbeziehungen.

Nach einer Meldung des „Ojelo Naroda“ erklärte Denin auf eine Anfrage des Verbandes der russischen Seeleute, daß es gänzlich ausgeschlossen sei, daß Rußland die Handelsbeziehungen nach Friedensschluß in der Form, wie sie vor dem Kriege bestanden, wieder aufzunehmen werde. Weder der Handelsvertrag von 1904, noch der Vertrag mit der sogenannten „Weisheitsbegünstigungsklausel“ werden den Rahmen für den neuen Handelsvertrag Rußlands bilden. Russlands künftiger Handelsvertrag werde sich einzig auf sozialistischen Grundlagen aufbauen. Eine besondere Kommission arbeite bereits an der Ausarbeitung der gesetzlichen Grundlagen für diesen, auf sozialistischen Theorien basierenden Handelsvertrag. Der Rat der Volkskommissare verspreche sich von der konsequenten Durchführung der sozialistischen Grundätze im internationalen Handelsvertrag Russlands eine entsprechende Waffe im Kampf gegen den internationalen Kapitalismus.

Der Krieg.

Der deutsche Generalstabsbericht.

Deutsches Hauptquartier, (Wolff-Büro, Amtlich.)

13. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Münchener.

Westlich und nordöstlich Armentieres, sowie in der Gegend von Lens war die englische Artillerie-Tätigkeit tagsüber reger. Auch in den anderen Abschnitten lebte sie vorübergehend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An vielen Stellen der Front Artillerie-Kampf. Stärkere französische Abteilungen, die nördlich von Reims, in der Champagne und nordöstlich von Abecourt zur Erforschung vorstießen, wurden im Nahkampf zurückgeworfen. Südwestlich von Ornes brachte ein eigenes Unternehmen Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Auf den östlichen Maashöhen und in den mittleren Vogesen zeitweise erhöhte Feuerstätigkeit.

In zahlreichen Luftkämpfen wurden gestern 6 feindliche Flugzeuge und 3 Himmelballons abgeschossen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der mazedonischen und italienischen Front keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet im Dezember.

Berlin, 12. Jan. (Amtlich.) Im Dezember unternahm der Gegner 13 Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet. Sechs Angriffe galten dem Lothringisch-Luxemburgischen Industriegebiet, sieben Angriffe der Stadt Freiburg sowie anderen Städten in Baden, den Städten Mannheim, Saarbrücken und Zweibrücken. Bis auf eine Betriebsförderung, die durch einen Bombentreffer in die Gasleitung eines Eisenwerkes verursacht wurde, war das Ergebnis der Angriffe bedeutungslos; der Schaden an privatem Eigentum war im ganzen gering. Durch die Angriffe wurden 7 Personen getötet, 31 verletzt, darunter französische Kriegsgefangene. Ein feindliches Flugzeug wurde innerhalb des deutschen Heimatgebietes, ein anderes jenseits der Liniens abgeschossen.

Der letzte deutsche Luftangriff auf London.

Wie aus London gemeldet wird, sind bei dem deutschen Fliegerangriff auf London am 6. Dezember nach amtlichen Mitteilungen 19 Brände ausgebrochen. Über 90 Gebäude wurden hierdurch vernichtet. Der Polizeibericht verzeichnet 44 Tote und 102 Verwundete. Ein englisches Marinestrauß ist bei der Verfolgung der Flieger westlich von Margate abgestürzt.

Der Krieg zur See.

Der deutsche U-Bootkrieg.

Berlin, 12. Jan. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden wiederum 19 000 Br.-Kug.-Ton. versenkt. In klünen und geschickt ausgeführten Angriffen schoß eines unserer U-Boote unter erheblicher feindlicher Gegenwehr vier große Dampfer aus stark gesicherten Geleitzügen heraus. Bei einem nächt-

lichen Angriff auf einen starken Geleitzug gelang es dem U-Boot durch schnellen Rammangriff einen feindlichen U-Bootzerstörer derart zu beschädigen, daß dessen Verlust mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist. Das U-Boot nahm außer einer leichten Beschädigung am Bug keinerlei Schaden.

Berlin, 13. Jan. (Amtlich) Bei starker Bewachung und unter starker Gegenwehr, die vielfach auch durch feindliche Luftstreitkräfte ausgeübt wurde, versenkten unsere U-Boote im Kermelkanal und an der englischen Küste fünf größere Dampfer. Die Mehrzahl der Schiffe war tief beladen und bewaffnet.

Der Chef des Admiralsstabs des Marine.

Berlin, 12. Jan. Die englische Schiffahrt liegt in der letzten Zeit in steigendem Maße über die Ver- sinkungen. Der Geschäftsführer der London-American-Maritime-Trading-Company erklärte kürzlich auf der Generalversammlung der Gesellschaft, daß von den unter seiner Leitung stehenden vierzehn Dampfern nicht ein einziger sei, der nicht mit dem Feinde zu tun gehabt hätte. Die Gesellschaft habe eine große Anzahl Schiffe im Laufe des Jahres verloren. Auf der Jahresversammlung der Mitre Shipping Co. erklärte der Vorsitzende, zweieinhalb Jahre lang seien die Schiffe der Gesellschaft verhältnismäßig frei von Verlusten durch den Feind gewesen. Im Jahre 1917 seien dagegen fünf Dampfer verloren gegangen. Wie man in englischen Marinestreichen über den jetzigen Stand der U-Bootsgefahr denkt, ergibt sich aus einem Artikel des "Nautical Magazine" in der Dezembernummer, in welchem gesagt wird, daß ein Schiff unter Umständen beträchtliche Zeit fahren könne ohne ein Unterseeboot zu sehen, aber schließlich hätten solche Schiffe doch nicht dauernd dieses Glück, "denn die U-Bootbedrohung habe sich kürzlich erheblich verstärkt". Das jetzt angewandte Verfahren sei kleiner als bisher und weniger zu sehen. Das Ergebnis unserer Verlusten gibt diesen düsteren Stimmen allerdings Recht.

Englischer Torpedojäger gesunken.

Die englische Admiralität teilt mit: Der Torpedojäger "Resoon" lief an der Nordwestküste von Irland am 8. Januar während eines Schneesturmes auf die Felsen auf und ging mit der ganzen Besatzung verloren. 22 Leichen wurden aufgesucht.

Kleine Kriegspost.

Basel, 12. Jan. Wie verlautet, wird die Holländische Regierung mit einer neuen Erklärung der Kriegsziele vor das Parlament treten.

Basel, 12. Jan. Ende Januar wird in Paris eine Sitzung des Obersten Kriegsrates stattfinden.

Vom Tage.

Bekämpfung des Schleichhandels der industriellen Werke.

Berlin, 12. Jan. Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Kriegernährungsamtes von Waldow hat heute eine Besprechung zwischen Vertretern der zuständigen Zivil- und Militärbehörden und der Industrie über die Frage der Bekämpfung des Schleichhandels der industriellen Werke stattgefunden. Die Vertreter der Industrie stimmten der Ansicht des Staatssekretärs uneingeschränkt bei, daß die bisherige Praxis eines großen Teiles der Betriebe zu einem Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft führen müsse. Eine Kommission bestehend aus Vertretern der Behörden und der Industrie, soll die Grundzüge aufstellen, wonach anstelle der Sonderversorgung aus dem Schleichhandel eine Belieferung der industriellen Arbeiterschaft auf legalem Wege zu treten hat, deren Leistungsfähigkeit nicht gefährdet wird. Allseitig war man sich darin einig, daß die Bereit-

17. Kapitel.

Am folgenden Tage geschahen merkwürdige Dinge. Am Kriegsministerium herrschte großer Aufregung. Der Oberst eines auswärts stationierten Eisenbahnregiments war in München angelangt und erhielt eine Anzeige gegen die Firma Emanuel Kohmann Söhne. Die letzten Lieferungen hatten die Gewissheit ergeben, daß die Firma in offensichtlich betrügerischer Absicht minderwertiges Material für ihre Waren verwandt hatte. Generalleutnant von Groß nahm diese Meldung entgegen und machte durchaus kein erstauntes Gesicht:

"Ihre Meldung überrascht uns durchaus nicht, lieber Baron. — Wir haben seit längerer Zeit den Verdacht. Auch Lieferungen, die für unsere Artillerieregimenter gemacht wurden, stimmen nicht so recht. Manchmal fahrt so etwas ganz anständig aus und erwies sich nachher als unbrauchbar. Immerhin kommen wir eine direkte Schuld Kohmanns bisher nicht nachzuweisen, zumal sich Oberst Branders sehr — und hierbei versog der Generalleutnant etwas sarkastisch den Mund — vielleicht allzu sehr auf die Seite der Herren von Kohmann stellte, ich werde jedenfalls sofort eine Konferenz zusammenrufen."

Eine Stunde später fand eine geheime Sitzung statt, zu der auch Oberst Branders erschien. Der Oberst war in den letzten Wochen sehr gealtert. Als er von den neuerlichen Anklagen gegen Kohmann hörte, erhob er sich und verließte in warmen Worten die Firma:

"Es ist möglich", so schloß er, "daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, aber es ist unmöglich, daß Herr von Kohmann etwas davon gewußt hat. Es ist eine Firma, die viertausend Arbeiter und etwa zweihundert Beamte beschäftigt, und unter diesen Beamten können unehrliche Menschen sein. Das Herr von Kohmann eine malelose Persönlichkeit ist, dafür lege ich meine Ehre ein." Generalleutnant von Groß erwiderte füllig:

"Ich möchte Ihnen, Herr Branders, den dringenden Rat geben, Ihre Ehre nicht so leichtfertig aufs Spiel zu setzen."

"Herr Generalleutnant", fuhr es fast zischend von Branders Lippen.

"Betrachten Sie mich recht, Herr Oberst. Sie legen Ihre Mannschaft für einen Mann ein, der mir stark verdächtig ist. Selbst für den Fall, daß sich dieser Verdacht bestätigen sollte, würde auf Ihre Ehre meines Erachtens

stellung der zur legalen Belieferung notwendigen Lebensmittel die sofortige Unterdrückung des Schleichhandels zur Voraussetzung hat. Eine Besprechung mit den Vertretern der Arbeiterschaft über die gleiche Anlegenheit wird in der nächsten Woche im Kriegernährungsamt stattfinden.

Trübe Aussichten für die Entente.

Haag, 12. Jan. Der "Nieuwe Courant" schreibt: Das Jahr beginnt für die Entente mit trüben Aussichten. Alle hoffnungsvollen Worte ihrer Staatsmänner können das nicht verbergen. Gibt es eine wirksame Waffe gegen die U-Boote? Wir merken nichts davon. Schiff nach Schiff sinkt und in England muß man den Leibriemen anziehen. Wenn man bedenkt, was für eine entscheidende Bedeutung der Sendung amerikanischer Truppen nach Europa von der Entente beigemessen wurde, ist es doch merkwürdig, daß einige Mitglieder der amerikanischen Regierung Neuter zu folge, glauben, daß die Alliierten im Augenblick lieber amerikanische Lebensmittel als amerikanische Truppen haben wollen. Und doch lebt die Hoffnung auf einen entscheidenden Sieg bei den Alliierten ungeschüchtert weiter. Man erwartet einen Frieden durch Sieg, einen Frieden, der, wie Churchill jetzt wieder sagt, dictiert werden sollte. Wilson hat es in seiner letzten Botschaft vermieden, deutlich zu sagen, daß er den Sieg wünscht. Als die Vereinigten Staaten noch neutral waren, hat der Präsident in einem Aufruf an die Kriegsführenden den Frieden durch Sieg als ein Unglück für die Welt verworfen.

Pour le mérite.

Berlin, 12. Jan. Der Kaiser hat dem württembergischen Generalleutnant Freiherrn von Waller, dem läufenden Obersten Generalleutnant von Oldershausen, dem bayerischen Major Broer und dem bayerischen Oberleutnant der Reserve Schleich den Orden pour le mérite verliehen.

Die deutsche Flagge in der Süßsee.

Berlin, 12. Jan. Beimit der Vereinigung der Süßseefirmen, die heute hier tagt, und dem Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solt hat ein Telegrammwechsel angehunden. Der Staatssekretär gab in seiner Drabung der Hoffnung Ausdruck, daß über unseren Süßseefontänen bald wieder die deutsche Flagge wehen werde.

Keine Verfassunggebende Versammlung.

Kopenhagen, 12. Jan. Dießige Blätter berichten, daß die Bolschewiki-Regierung beschlossen habe, keine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen. Der Generalsozialist der Sowjet, der am 21. Januar zusammentritt, soll als National-Konvent tagen.

Russisches Nationalgericht.

Petersburg, 12. Jan. Die Volkskommissare haben ein Dekret erlassen, daß alle Einrichtungen des Verbandes der allrussischen Sowjet zum Eigentum der Russischen Republik erklärt.

Neue russische Steuergesetze.

Haag, 12. Jan. Reuter meldet aus Petersburg: Der moskauflische Gemeinderat hat beschlossen, alle Privatwagen mit einer Steuer von 500 Rubeln und alle Wände mit je 500 Rubeln läßlich zu bezeichnen. Für Automobile wurde eine Steuer von 150 Rubeln per Bierdeckel eingeführt. Segelboote werden mit 1000 Rubeln läßlich, öffentliche Auktioen mit 20% besiegelt.

Raledin Vollmachten für Brest-Litowit.

Russische Grenze, 12. Jan. "Dien" meldet, daß Raledin den ukrainischen Unterhändlern in Brest-Litowit Vollmachten zur Vertretung der bolschewistischen Militäregierung gegeben habe. Die Raledenräte hätten sich durchweg für Beendigung des Krieges ausgesprochen.

Beiträgeren gegen die russische Staatsbank.

Amsterdam, 12. Jan. Der "Times" wird aus Petersburg mitgeteilt, daß die russische Staatsbank bei der letzten Umwälzung durch gefälschte Zahlungssammelungen um riesige Summen betrogen worden sei. Auf eine dieser Zahlungssammelungen wurden beispielweise 3 Millionen Rubel ausgeschüttet.

Großrussischer Kriegskongress.

Haag, 12. Jan. Der Kongress der Abgeordneten von Armeen und Flotten und aller Arbeiter- und Soldatenorganisationen wird, nach einer Meldung der Deutschen Presse,

kein Makel fallen, weil Sie aus Unbedachtheit und im guten Glauben für einen Freund so gehandelt haben. Auch diese Freundschaft ist kein Vorwurf für Sie. Den wir alle haben gern im Kohmannschen Hause verkehrt. Die Frage ist nur, ob Sie nicht, von nun ab wenigstens die selbe Zurückhaltung dem Kohmannschen Hause gegenüber üben sollen, wie wir es bereits seit längerer Zeit tun."

"Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe. Ich habe vielleicht im Hause Kohmann mehr Einblick in die Charaktere gewonnen wie Sie. Ich habe oft Gelegenheit gehabt, in familiären Angelegenheiten Kohmanns Charakter zu erproben, und ich fand ihn als einen so durchaus ehrenwerten Mann, daß ich ruhig und offen erkläre: wenn der Mann ein Betrüger und Schuft ist, dann bin ich es auch, denn zwischen seiner und meiner Gesinnung habe ich bislang keinen Unterschied gefunden."

Die erregte Stimmung, die sich der Anwesenden bemächtigte, wandte sich einem neuen Zwischenfall zu, den eben erzögen Geheimrat von Albert aus dem Verkehrsministerium, um über die schlechten Erholungen zu berichten, die ja auch diese Behörde in letzter Zeit mitbrachte.

Unsere Untersuchungen sind noch nicht völlig abgeschlossen. Es hat sich nämlich bei uns herausgestellt, daß nicht etwa durchgehend schlechtes Material zur Verwendung kam, sondern vielmehr einzelne weniger wichtige oder weniger sichtbare Maschinenteile aus schlechtem Material hergestellt waren. Natürlich belastet das die Firma Kohmann noch mehr, da durch die Verdecktheit dieser Handlungswise eine etwaige betrügerische Manipulation nicht so deutlich sich kennzeichnen.

Nach längerer Beratung wurde beantragt, die Unregelmäßigkeiten, soweit sie bisher unzweifelhaft festgestellt waren, dem Staatsanwalt zu unterbreiten. Da ergab Oberst Branders noch einmal das Wort:

"Wir haben oft genug Reklamationen gegen Lieferanten gehabt, ohne gleich nach dem Staatsanwalt zu schreiben. Ein Mann von der Bedeutung Kohmanns, der sich bislang so unfehlbar stellte, darf es beanspruchen, daß man Reklamationen erst auf persönlichem Wege regeln sucht, und wenn das nichts nützt, mit Hilfe des Civilgerichts zu seinem Rechte zu kommen sucht."

Zeitung", die konstituierende Versammlung unterstützen. Mehr als 8000 Delegierte werden auf dem Kongress als Vertreter des Gewerkschaftsverbandes erwartet.

Englands Arbeiterviertel an die Petersburger Regierung.

Stockholm, 12. Jan. Nach der "Pravda" hat die englische Arbeiterviertel an die Petersburger Regierung das Erleben gerichtet. Sie trug der ablehnenden Haltung Englands über den Fortgang der Unterhandlungen in Brest-Litowsk und über die Bedingungen der Mittelmächte auf dem laufenden zu erhalten.

Drohung mit dem Generalstreik.

Stockholm, 12. Jan. Nach Londoner Meldungen haben die englischen Munitionsarbeiter bei der Regierung gegen die Erweiterung der Dienstpflicht Widerstand erobert. Sie drohen für den Fall, daß ihre Wünsche nicht stattgegeben werden, mit dem Generalstreik.

Neuordnung in der englischen Admiralschaft.

London, 12. Jan. Die angekündigte Neuordnung der englischen Admiralschaft ist durchgeführt. Die neuen Kämmerer sind: Konteradmiral Sir John Fremantle, Konteradmiral George Hope und Arthur Peake, bisher Director der Nordostbahn, Konteradmiral Henry Oliver und Kapitän Payne treten zurück.

Northcliffe soll Minister werden.

London, 12. Jan. Aus London wird das Gericht bekannt, daß Lord George, Lord Northcliffe in das Kriegsministerium eingesetzt werde. Lord Northcliffe ist Verleger der "Times" und anderer bedeutender Blätter in England. Lord George liebt ihn nicht, aber er möchte ihn.

Frankreich gibt Russland nicht auf.

Rouen, 12. Jan. Die französische Regierung hat in Petersburg gegen die Beschuldigung der russischen Botschaften des "Crédit Lyonnais" schärfsten Protest erhoben.

Aus dem angeblich ruhigen Lissabon.

Lissabon, 12. Jan. Die Behörden in Lissabon nahmen Kontrollen in einigen Stadtvierteln vor, wobei Beweise und Spuren von bestechen und Verhaftungen vorgenommen wurden. Die demokratischen Klubs wurden geschlossen.

Vorlesung gegenüber Carranza.

Paris, 12. Jan. Der Pariser "Temps" erläutert: Die Vereinigten Staaten konzentrierten Truppen nach der Grenze Mexikos.

Frauenwahlrecht in Amerika.

Washington, 12. Jan. Das Repräsentantenhaus hat die Gesetzesvorlage zur Einführung des Frauenwahlrechts mit 272 gegen 180 Stimmen angenommen.

Amerikas doppelte Neutralität.

Wie die Vereinigten Staaten ihre Neutralitätspflichten gegen Deutschland auffaßten, zeigt das Urteil eines New Yorker Gerichts. Der Angeklagte Bins und drei andere Bewohner der Hamburg-Amerika-Linie wurden zu Gefängnisstrafen von 12 bis 18 Monaten verurteilt wegen Vergehen gegen das Föllgesetz, weil sie Vorwürfe an deutsche Kreuzer ließerten. Die Anklage ist von der Regierung Wilsons zu einer Seite erhoben worden, als die Vereinigten Staaten noch neutral waren, zu einer Seite als Wilson erklärte, er würde die Lieferung von Lebensmitteln und Waffen an die Mittelmächte ebenso gestatten, wenn sie möglich wäre, wie an die Verbündeten.

Die überschlaue Wilson-Diplomatie.

Die amerikanisch-japanischen Beziehungen haben eine bedeutsame Bspaltung erfahren, da die japanische Regierung gegen die Intrigen der in Japan ansässigen amerikanischen Staatsangestellten auf das entschiedenste vorgeht. In Tokio, Yokohama sind 87 amerikanische Kaufleute und Zeitungsberichterstatter verhaftet worden. Die Festnahme erfolgte mit der Begründung, daß die Verhafteten einer Organisation angehören, die systematisch zwischen Russland und Japan Unfrieden zu stiften trachte und gleichzeitig falsche Berichte über Japan in die Russlandspreche lanciere. — In Japan hat man anscheinend das schlaue Doppelspiel Wilsons durchschaut.

Churchills Notschrei nach Amerika.

Gelegentlich eines Frühstücks in London, bei dem der amerikanische Botschafter den Worten führte, ergriß wieder einmal der Munitionsminister Churchill das Wort. Er nahm Bezug auf die Reden Lord Georges und Wilsons und hob hervor, es sei nun notwendig, dem Feinde die gemeinsame Kriegsziele aufzuzwingen. Dazu aber müsse

Amerika helfen. Gibt uns, so rief er dem amerikanischen Botschafter zu, Schiffe, Kriegsmaterial, Robstoffe und Soldaten. England wird alles liefern, alle seine Armeen müssen sofort auf vollständige Stärke gebracht werden. Wir werden siegen, wenn wir alle Hilfssquellen benutzen. Sturmwellen sammeln sich, aber England hat volles Vertrauen; aber wir bitten auch, uns jeden Mann eiligt zur Erhaltung der guten Sache zu Hilfe zu schicken, so daß die Soldaten Englands, Frankreichs und Italiens stets frische, abgekärtete und ständig wechselnde Armeen der großen Republik an ihrer Seite finden. — Wilson hat schon geantwortet: Truppen oder Lebensmittel, beides ist unmöglich!

Frankreich gibt Russland nicht auf.

In der französischen Kammer stand die Interpellation wegen der Verweigerung von Bussen nach Petersburg für die Sozialisten zur Debatte. Minister des Äußern Bidon erklärte dabei, die Regierung sei nicht grundsätzlich gegen eine Verabredung französischer Sozialisten mit russischen Gewinnungsgenossen; denn Frankreich habe Russland noch immer nicht aufgegeben, aber wohl liebt die Regierung eine Gefahr in der Verhandlung mit den Maximalisten. Die Verantwortung dafür will die Regierung durch Erteilung von Bussen nicht übernehmen. Von Verhandlungen mit der angemahnten Gewalt in Petersburg kann keine Rede sein. Im übrigen stellte sich Bidon hinsichtlich der Kriegsziele auf den Boden der Erklärungen Lord Georges und Wilsons. — Die Kammer sprach darauf mit 397 gegen 145 Stimmen der Regierung das Vertrauen aus.

Das preußische Wahlrecht im Ausschuß.

4. Berlin, 12. Januar.

Der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses lebte heute die Generaldebatte fort. Ein Nationalliberaler erklärte, ein Teil der Nationalliberalen würde für das gleiche Wahlrecht stimmen, wenn das Herrenhaus solche Macht erhielt, daß seine Meinung auch dann beachtet wird, wenn sie von der Abgeordnetenhaus nicht abweicht. Für die Gegenwart sei es richtig, daß der Reichstag die Stimmen im deutschen Volke besser wiedergabe als das Abgeordnetenhaus, ob das aber auch nach 10 Jahren noch der Fall sein werde, sei angesichts der vom Reichstag eingetragenen Bahnlinien zu beurteilen. Die Reichsbürgerliche Weisheit und Klugheit im Inland sei durchdringlich nicht größer geworden. Man sollte vorsichtig ein Pluralwahlrecht einführen.

Das sozialdemokratische Ausschusmitglied erklärte, daß für die Entwicklung der Sozialdemokratie die Haltung des Abgeordnetenhauses zur Wahlrechtsvorlage von erheblichem Einfluß sein werde. Bei der heutigen Spannung im Volke sollten die Konservativen sich ihrer Verantwortung für den Fall einer Verschleppung oder gar falscher Beweise, wenn sie das gleiche Wahlrecht zu Hause bringen.

Gegen das Pluralwahlrecht.

Der Bismarck- und Staatsministeriums-Dr. Friedberg wendet sich gegen ein Pluralwahlrecht. Ein Befürworter, wenn die großen innerpolitischen Fragen auftauchen, werde sich das Volk mit der Wahlreform noch viel eingeschöpft beschäftigen als heute; die Frage werde nicht zur Ruhe kommen. Die Wahlreform ist in feierlichster Form angekündigt worden, nicht nur in einer Thronrede, sondern auch in zwei Volksreden, die sich direkt an das Volk wenden und wovon die Grundlagen der Reform schon ganz bestimmt bezeichnet sind. Wenn auch die Volksvertretung das Recht habe, trotz dieser feierlichen Ankündigung die Vorlage abzulehnen, so müsse sie doch auch die Wirkung abwaggen. Eine Ablehnung der Vorlage würde die Volksmärsche entthüllen; werde der Regierungsvorlage in ihren Grundzügen nicht entzogen, so werde der Siegestrieb der drei Klassen außerordentlich geschwächt. Der Mittelstand und die Minderbemerkten hätten im Kriege am meisten gelitten. Würde man ihnen sagen: Trotzdem ist am meisten gelitten, habe ich nicht den selben Wert und nicht dieselben Leistungen aufzuweisen, so müßte das erbitternd wirken.

Minister des Innern Dr. Dreyer sagte Erklärungen zu über die Wirkung der Wahlrechts in Braunschweig. Ein Nationalliberaler sprach eingehend über die Wirkungen der Einführung des gleichen Wahlrechts in den politischen Landesteilen. Die blödige Polenpolitik sei dann nicht mehr möglich.

Im weiteren Verlauf der Aussprache beantragte ein konservativer Abgeordneter die Zusammenfassung der Vorlagen zu einem Mantelgesetz.

Wiederberatung Montag.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Gericht von einem Wahlzettel im preußischen Herrenhause ist in parlamentarischen Kreisen verbreitet. Danach soll dem Kaiser zu seinem Geburtstag die Berufung einiger Herren in die erste preußische Kammer vorgeschlagen werden, die für das Reichstagwahlrecht in Preußen stimmen würden. Dabei werden der Präsident des Reichstags Dr. Kaempf, der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis, der nationalliberale Abgeordnete Böttcher u. a. genannt. — Man wird gut tun, eine amtliche Bestätigung dieses Gerüchts abzuwarten.

Über die Zukunft Deutschlands führte der konservative Reichstagabgeordnete Graf v. Bismarck in einer Versammlung in Hamburg u. a. aus, daß das Urteil Hindenburgs und Ludendorffs maßgebend sein muß für diejenigen Forderungen, die bei den Friedensverhandlungen im Interesse der deutschen Sicherheit zu stellen sind. Kein Opfer persönlicher Art auf der Seite der politischen Reichsleitung würde zu groß sein, um diesen Männern die weitere Führung der deutschen Waffen in dem festen Vertrauen zu ermöglichen, daß die unter ihrer Leitung durch unter hervorragendem Heer erfochtene Siege auch politisch voll ausgemüht werden. Das Vertrauen des deutschen Volkes zu seinem Hindenburg und seinem Ludendorff ist unbegrenzt und gehört zu den durch nichts erreichbaren Grundlagen seines Siegeswillens und seiner Siegeszuversicht. Nach der Rede wurden von der Versammlung Telegramme in diesem Sinne an den Kaiser, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg und an den Reichskanzler gesandt.

Schweiz.

Der Zwang der Schweizer zum Heeresdienst ist der amerikanischen Armee soll nicht zur Anwendung kommen. Wie in Bern amtlich bekanntgemacht wird, erzielte der Schweizer Gesandte in Washington ein dabeigehendes Abkommen. Schweizer und andere Bürger neutraler Länder sollen danach nicht zum Heeresdienst verpflichtet werden, wenn sie durch ihre diplomatische Vertretung Einspruch erheben.

Norwegen.

Die Einschränkungsmaßnahmen sind jetzt in ganz Norwegen durchgeführt. In den nächsten Tagen tritt die Brotmarken in Kraft; die Rationierung anderer Lebens-

und Verbrauchsmittel wird folgen. In Südnorwegen nimmt der Mangel an Butterstoffen so großen Umfang an, daß man an die Übernahme aller Heulager durch den Staat denkt. In der Beleuchtung sollen große Einschränkungen eingeführt werden; u. a. sollen die Küstenfeuer erheblich vermindert werden, wahrscheinlich auf ein Drittel der jetzigen Zahl.

Belgien.

Die Friedensstimmung im belgischen Belgien ist in starkem Wachstum begriffen. So wurde auf einer Versammlung des Bundesausschusses der belgischen Arbeiterviertel des Bezirks Antwerpen ein Beschluss gefaßt, der sich zugunsten der Verteilung der russischen Sowjet und des holländisch-kanadischen Komites über die Friedensverschläge ausspricht. Der Bundesausschuß spricht den Wunsch aus, daß auch die belgische Arbeiterviertel eine Abordnung für eine eventuelle Friedenskonferenz ernennen sollte, die ihre Teilnahme an der Konferenz von der endgültigen Beteiligung der Arbeiter der Verbundsländer abhängig machen sollte.

Holland.

Der holländisch-amerikanische Friedensstreit ist in ein neues Stadium geraten. In einer im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten abgehaltenen Versammlung, zu der auch alle Niederländer, deren Schiffe in Amerika festgehalten werden, eingeladen waren, wurde mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung folgende Bedingungen gestellt hat: Ein Teil der niederländischen Schiffe soll für die belgische Küstenkommission fahren, ein zweiter Teil soll für die amerikanische Küstenwache verwendet werden. Falls diesen Bedingungen zugestimmt wird, werden einige niederländische Fahrzeuge die Erlaubnis erhalten, Benzol, Petroleum, Getreide, Viehfutter nach Holland zu verfrachten. Die Unterhandlungen werden in London fortgesetzt.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 12. Jan. Reichskanzler Graf Hertling wird am Mittwoch im Hauptausschuß des Reichstages sitzen mit den letzten Reden Lord Georges und Wilsons auszuhören.

Berlin, 12. Jan. Die Finanzminister der Einzelstaaten waren heute Abend Gäste des Reichstagssekretärs.

Banden, 12. Jan. Bei der Reichstagswahl im Kreis Baaken-Komen erhielten Dr. Hermann (Soz.) 897, Bubel (Soz.) 8525 und Uhlig (Soz.) 8410 Stimmen. Es kommt zur Stichwahl zwischen dem Konservativen und dem Sozialdemokraten.

Wien, 12. Jan. In der Versammlung des österreichischen Landesrates wurden die den Wiederaufbau des Landes betreffenden Angelegenheiten in Anwendung des Verwaltungsteils von Ober-Ost, Unterstaatssekretär von Falbenbauer, besprochen.

Amsterdam, 12. Jan. Nach Berichten amerikanischer Bittsteller haben an der Grenze von Texas wieder Kämpfe stattgefunden. Die amerikanischen Grenzsicherungen sollen verstärkt werden.

Bern, 12. Jan. Wie aus Madrid gemeldet wird, werden sich die Militärverbände nicht auflösen. — Über ganz Spanien soll der Belagerungszustand verhängt werden.

Der Ausbau des Herrenhauses.

Von Professor Wittichowski, Berlin.

Die Wahlrechtsreform in Preußen, über die jetzt ein verstärkter Ausschuss verhandelt, hat doppelten Vorwand: die Einführung des Reichstagwahlrechts für das Abgeordnetenhaus und die Vorlage über den Ausbau des am 15. Januar wieder zusammenstehenden Herrenhauses. Beide Gesetzentwürfe gehören zusammen; bilden gleichsam die Schalen einer Woge, auf der das Staatswesen im Gleichgewicht erhalten werden soll. In der Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses wird infolge des neuen Wahlrechts, daß der bisher mit geringem Recht bedachten Menge der Wähler einen unvergleichlich größeren Einfluß verleiht, eine Änderung sich vollziehen. Die von den bisherigen Klassenwahlen begünstigten Parteien werden voraussichtlich eine höchst empfindliche Einbuße an Wahlmandaten erleiden, während die bis jetzt ohne Einfluß gebliebenen Wählervereine mit ihren Wahlkandidaten erfolgreich vordringen dürfen. Die daher zu erwartende starke Verschiebung unter den Parteien des Abgeordnetenhauses wird auf die gesamte Stellungnahme des Hauses zu den Verwaltungsmaterialien eine nachhaltige Wirkung ausüben.

Wie in den meisten anderen Staaten durch die Anwendung des Zweikammerystems ist in die preußische Verfassung durch die Einführung des Herrenhauses ein Organ bereitgestellt, das in seiner ganzen Veranlagung ein Element der Stube und bedächtiger Prüfung der Gesetzgebungsfragen darstellen soll. Seine Verantwortung als Abberkämpfer weitgehender Beschlüsse des andern Hauses wächst mit den Neigungen der Gegenpartei, den Augenblicksentscheidungen in den Wählermassen sich hinzugeben. Anderseits ist das Herrenhaus der gegebene Vermittler, wenn Neigungen zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus einen Ausgleich erwünscht erscheinen lassen.

Eine zeitgemäße Erneuerung des Herrenhauses im Zusammenhang mit der Ausweitung des Abgeordnetenhauses ist unvermeidlich. Die unterer Ersten Kammer anhörenden Einigkeitstreuen und Schwächen müssen ausgemerzt werden, um sie den Seiterordnungen näherzubringen und im Vertrauen des Volkes fest zu verankern. Hierzu soll das Herrenhaus, wie im Erlass des Königs vom 7. April 1917 vorgesehen wird, in weiterem und gleichmäßigerem Umfang als bisher aus den verschiedenen Kreisen des Volkes führende, durch die Achtung ihrer Bürger ausgesuchte Männer in seiner Mitte vereinigt. Wurde im alten preußischen Agrarstaat bei der Verfassung des Herrenhauses der altangeleßene große Grundbesitz bevorzugt, so sollen jetzt die zu Ansehn gelangten Kaufmännischen und industriellen Verstädte ihre besten Männer zum Eintritt in das Herrenhaus präsentieren. Die hohe Stütze und Bedeutung der Selbstverwaltung in Stadt und Land läßt es ferner angebracht erscheinen, auch deren Vertretern eine vermehrte Anzahl von Herrenhaussitzen einzuräumen. Die neuen Mitglieder sollen aber die alten nicht aus ihren teilweise auf Erb- und Familienrechten begründeten Sitzen verdrängen, vielmehr sollen die Vertrauensmänner der Berufsverbände und der Selbstverwaltung mit den Vertretern der bevorrechteten Standesgenossen und Geschlechter zu gedeihlicher Arbeit sich zusammenstellen.

Man hat bisweilen gefürchtet, daß die Herren der Ersten Kammer mit der Durchsetzung schwieriger gesetzgeberischer Materien es etwas leicht nähmen, eine Verhängung, die den Laien nicht gerecht wird. Das im "Rat der geborenen Verteilung" vielleicht nicht erwartete als gerecht wird, scheint nicht gerade ein Fehler zu sein. Dafür kann dem Herrenhaus nachgelegt werden, daß es in wichtigen Lebensfragen des deutschen Volkes häufiger zu achtungswürdiger Höhe der

...

(Fortsetzung folgt.)

Vertrachtung und des Urteils noch aufgeschwungen hat. Die Auslese der im Herrenhaus vereinigten unabkömmligen Persönlichkeiten kommt seiner würdevollen Gemeinschaft besonders zu Statten. Dazu tragen verschiedene Momente bei, wie die lebenslängliche oder langjährige Zeitdauer der Berufung, die Präsentation durch nichtpolitische Abgeordneten an Stelle der Wahl, die Aufnahme von Stadtbürgern, Geistlichen, Universitätslehrern und Richtern unter die Mitglieder des Hauses und manches andere. Diese Vorsätze werden auch dem ausgebauten Herrenhaus erhalten bleiben und es bestehen, seine verfassungsmäßige Mission zum Heil des Vaterlandes nun mehr erst recht zu erfüllen. Wir stehen im Begriff, das Herrenhaus aus einer gewissen Erstarrung zu erwecken; es mag auch fernher ein Element der Belebung bleiben.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 14. Januar 1918.

Aus dem Kreisblatt.

Die Gehüren der Mitglieder der Bau- und Feuervisitation-Kommission des Kreises für die Jahre 1918, 1919 und 1920 sehe ich mit Rücksicht auf die Kriegsteuerung nach Anhörung des Kreisausschusses für die periodischen Feuervisitationen wie folgt fest:

1. für die Bauhandwerker, wenn die Beschäftigung in einer Gemeinde über 6 Stunden dauert, 5 Mf., unter 6 Stunden 4 Mf. und unter 3 Stunden 2,50 Mf.;
2. für die Schornsteinfeger, wenn die Beschäftigung in einer Gemeinde über 6 Stunden dauert, 5 Mf., unter 6 Stunden 2,50 Mf. und unter 3 Stunden 1,50 Mf.

Den bei der Feuervisitation mitwirkenden Gemeindebeamten steht ein Anspruch auf Gedanken nicht zu.

Der Königliche Landrat.

* Das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhielten der Unteroffizier Karl Schäfer, Merkenbach und der Krankenträger Adolf Seibel, Amsdorf.

Schondorf (Oberh.), Ein von hier stammendes Dienstmädchen stahl einer Darmstädter Familie, bei der es aufdringlich war, mehrere tausend Markbares Gold, Gold- und Silbersachen und Kleider. Das Mädchen konnte bisher nicht ergriffen werden.

Frankfurt. Ein kleines Mädchen, das noch Oberhessen eine Diebstahlkreise unternommen und dabei in Hohlgasse 22 Hühner gestohlen und abgeschlachtet hatte, wurde auf dem Bahnhof Büschen abgefangen und verhaftet.

Berlin, 19. Jan. Der 17-jährige „Reitende“ Erwin Krüger, der am 12. Mai 1917 die 73-jährige Schreibwarenhändlerin Zöhnchen beraubt und ermordet hat, wurde heute von der Strafammer zu 8 Jahren und 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Er war in vollem Umfang geständig.

London, 12. Jan. In einem Schacht in Halsbury in North-Suffolk ereignete sich heute früh eine schwere Explosion. Zur Zeit der Explosion waren 247 Männer im Schacht. Bisher sind nur ungefähr 60 an die Oberfläche gekommen. Man glaubt, dass die Zahl der Toten groß ist.

Die Einschränkungen im Eisenbahnverkehr. Über die geplanten Einschränkungen wird noch folgendes mitgeteilt: Von der Einführung der sog. „Urlaubschein“ für Reisen glaubt die Eisenbahnverwaltung nach wie vor absehen zu können. Dafür hat man sich entschlossen, den gesamten Reiseverkehr vom 18. d. M. ab um etwa 25000 Kilometer täglich zu verringern, was etwa eine Verminderung der fahrenden Säge um 5% entspricht. Da man aber annimmt, dass auch diese Beschränkung noch nicht den Anforderungen, die die Landesverteidigung und die Versorgung der Bevölkerung an die Eisenbahnverwaltung stellt, gerecht werde, so wird man, die endgültige Zustimmung der Heeresverwaltung vorausgesetzt, auch zu einer Aufhebung der Urlaubsfahrten auf die Dauer von etwa 14 Tagen in der letzten Hälfte des Monats Januar schreiten müssen. Man verkennt auf der einen Seite nicht das Bedauerliche dieser notwendigen Maßnahme; gerade sie aber verspricht für das Wohl der Bevölkerung einen Erfolg, da die Zugbenutzung durch die Urlauber jetzt etwa 70% des gesamten Reiseverkehrs ausmacht. Durch diese, wie gesagt, nur vorübergehende Maßregel wird eine ganz wesentliche Verminderung der Personen- und Schnellzüge erreicht werden.

Bilder aus der Zeit.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral v. Capelle, der ehrwürdige Vörderer unserer U-Bootwaffe hat den Orden Pour le mérite erhalten. Admiral v. Capelle stammt aus Celle in Hannover und trat 1872 im Alter von 17 Jahren in die Marine ein.

Sein verwaltungstechnisches Talent lenkte schon früh die Aufmerksamkeit auf ihn und so sehen wir ihn im Jahre 1904 als Direktor des Verwaltungs-Departments im Reichsmarineamt. In dieser Stelle erwarb er sich um die Ausarbeitung der Flottenvorlagen besondere Verdienste. Seit 1914 bekleidete er den neuerrichteten Posten eines Unterstaatssekretärs, bis er die Nachfolge des Großadmirals v. Tirpitz im Jahre 1916 antrat. —



v. Capelle.



v. Stroetzel.

Der verstorbene frühere langjährige Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses Jordan v. Stroetzel war einer der bekanntesten Parlamentarier. Er war als Leiter des Verhandlungen der zweiten preußischen Kammer war er eine in ihrer Art klassische Erfahrung. Trotz seiner strengkonservativen Gesinnung, die ihn zum unerbittlichen Gegner aller andern politischen Anschaunungen machte, fanden unter seiner Führer mit unansehbbarer Ruhe und Unbefangenheit geführten Zeitung alle Parteien auf der Rednertribüne an ihrem Recht. Und wenn es im Raum einmal lauter und bewegter wurde, wenn die Geister aufeinanderprallten, so fehlte ihm nie eine kurze, ganz ihm ist und seinem goldenen Humor eigene Wendung zur Beilegung aller Unstethkeiten. So entspricht denn auch die Verfügung, dass sein Begräbnis in aller Stille und ohne Abordnung vor sich gebe, durchaus der Eigenart dieses seltenen Mannes. Prädikum und Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses können sich deshalb nicht an dem Begräbnis beteiligen.

Letzte Nachrichten.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Vielle, östlich.)

14. Januar 1918.

Weltlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Feuerkraft blieb tagsüber meist auf Stellungsfesten beschränkt. In einzelnen Abschnitten, besonders beiderseits von Lens, war sie am Abend gesteigert.

Aufklärungsabteilungen drangen südlich von Armentieres und nördlich von La Bacquerie in die englische Gräben ein und machten Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Heeresgruppe Herzog Albrecht

Abgesehen von erfolgreichen Erkundungs-Gelehrten in der Gegend von Jubinecourt und auf dem Westufer der Maas verlief der Tag ohne besondere Ereignisse.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonischen Front.

Westlich vom Scheldasee, am Dobropolje und südwestlich vom Dojransee Artillerie-Kämpfe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Badendorff.

Eine Kanzlerkrise?

Berlin, 14. Jan. (D) Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, ist der deutsche Gesandte im Haag, Rosen, in Berlin eingetroffen. Gleichfalls ist der Botschafter Graf Bernstorff nach Berlin berufen worden. Es verlautet gerüchteweise, dass der Reichskanzler Graf Hertling sich in den letzten Tagen stark gefühlt habe. Es sei keineswegs ausgeschlossen, dass bereits die nächsten Tage Überraschungen brächten. In politischen Kreisen wird mit großer Bestimmtheit versichert, dass der Amtsantritt des Chefs des Bündnisses von Valentini nunmehr endgültig erfolgen wird, wie die „Morgenpost“ zu berichten weiß. Als sein Nachfolger wird der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen Landeshauptmann von Berg genannt.

Berlin, 14. Jan. (D) Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ meldet: Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kühlmann ist gestern von Brest-Litowsk in Berlin eingetroffen. Im Zusammenhang mit Gerüchten über seine weitere Verwendung wird darauf hingewiesen, dass der frühere Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, in Berlin weile und Fürst Bülow an der Gestaltung der Dinge sich lebhaft interessiere.

Fliegerleutnant Müller tödlich verunglückt.

München, 14. Jan. (D) Der bayerische Fliegerleutnant Max Müller, Ritter des Ordens „Pour le Mérite“, ist bei der Jagdstaffel Voelke in der Nähe von Cambrai nach seinem 38. Luftsiege infolge Flugzeugfehlers, tödlich verunglückt und so unbeseigt fürs Vaterland gestorben.

Eine Wendung in der polnischen Lösung.

Berlin, 14. Jan. (D) Die polnische Frage scheint, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, eine neue Wendung genommen zu haben. Man hat offenbar, wenigstens in Berlin, die austro-polnische Lösung aufgegeben. Tatsächlich scheinen nicht nur militärische sondern auch wirtschaftliche Gründe mitgesprochen zu haben. Militärische insoffern, als man sich in Litauen jene so viel erörterten Sicherungen schaffen will, wirtschaftlich, indem man für eine Angliederung der industriell wertvollen Bezirke an Preußen eintritt. Eine Personalunion Polens mit Österreich-Ungarn dürfte nach der neuen Wendung der Dinge nicht ernstlich in Erwägung gezogen werden. Das wird auch für die Wahl des polnischen Königs nicht ohne Einfluss bleiben.

Eine französische Ministerkrise.

Senf, 14. Jan. (D) Die dem Kabinett Génecau angehörenden Radikal-Sozialisten sind durch das Ergebnis der Kammerwahl in eine durch schwierige Lage geraten, weil die einflussreichsten Abgeordneten dieser Regierung das Vertrauen verweigerten, welche ohne Unterstützung der konserватiven Mehrheit bestiegen. Die Umbildung des Kabinetts gilt als wahrscheinlich.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Be-

Anzeigen.

Am 15. Januar 1918 ist eine Bekanntmachung Nr. 15839 B. P. S. bet. „Belägionnahme und Belastbarkeit von gebraunen und anderen künstlichen Mauersteinen, Dämmen aller Art und Dämmzäpfchen aus Ton“, erlassen.

Der Wortlaut der Bekanntmachungen ist in den Anschlüssen und durch Anschlag veröffentlicht worden. Stellv. Generalkommando 18. Armeekorps.

Gießener Paedagogium.

Höhere Privatschule für alle Schulartern. Sekta—Obertrima. Einjähriges, Primareiter, Abiturienten-Prüfung. Individuellen Unterricht. Kleine Klassen. Arbeitsstunden.

Schülerheim in etwa 25 000 qm Park. Gute Versorgung. Gießen a. d. Lahn, Wilhelmstr. 16, Nähe Universitäts-Terrasse 2075. Direktor Brademann.

Ferdinand Baumann

Inhaber: Karl Baumann

Herborn

empfiehlt sich zur Anfertigung von

Sattlerarbeiten

jeder Art.

Junges kräftiges

Mädchen

zum 1. oder 15. Februar gesucht.

Wohngerei Stolz, Walbach bei Bensheim.

Eine kräftige

Siege

zu verkaufen.

Sehr. Karl Hecker, Burg.

Ankauf von Kaninchen.

Auf lebendes Gewicht von 6 Pfund ab das Pfund 1,50 M.

Verkäufer wollen sich bitte sofort durch Postkarte melden.

Jakob Wittersheim, Coblenz — Lüdel, Neuenbornerstr. Nr. 27.

Dienstmädchen

sofort gesucht.

Frau H. Siehr, Precht bei Au-Stern.

Ankauf von Kaninchen.

Auf lebendes Gewicht von 6 Pfund ab das Pfund 1,50 M.

Verkäufer wollen sich bitte sofort durch Postkarte melden.

Jakob Wittersheim, Coblenz — Lüdel, Neuenbornerstr. Nr. 27.

Boran-Krem

gegen spröde rauhe Haut und

Froschbildung.

empfiehlt Drogerie A. Doeind.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter

Frau Elisabethie Bückart Wtw.

geb. Rückert

sagen herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem uns betroffenen, so schweren Verluste, sagen wir auf diesem Wege allen unseren innigsten Dank.

Herborn, den 14. Januar 1918.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau August Hoffmann.